

# Berset pokert hoch

**Altersvorsorge** Der Sozialminister gilt als geschickter Taktiker. Doch nach fünf Jahren im Bundesrat braucht er mit der Rentenreform endlich einen Erfolg in einem Kerndossier. Die Absturzgefahr ist gross.

Tobias Gafafer

Es sind wohl die intensivsten drei Wochen seiner Politkarriere. Gestern verteidigte Sozialminister Alain Berset im Nationalrat die Rentenreform, nächste Woche folgt der Ständerat, und danach die Einigungskonferenz. Der Freiburger setzte am Rednerpult sein Pokerface auf und sprach, wie er es oft tut: dossier-sicher, eloquent und zweisprachig. 145 Stunden hätten die Parlamentarier die Vorlage bereits beraten, 51 Zusatzberichte habe der Bund abgeliefert. Grösste Gefahr sei es, bei der Sicherung der Altersvorsorge die Gesamtsicht zu verlieren. Berset liess keine Zweifel aufkommen, dass das Ständeratsmodell mit dem AHV-Zuschlag für ihn der bessere Weg ist. Fakten, die dagegen sprechen, liess er aus, während er die Schwächen des Modells des Nationalrats kritisierte. Dieser blieb vorerst hart (siehe Text unten).

Bei der Reform geht es um viel, für die Altersvorsorge und für den SP-Magistraten. Gewiss, über das Schicksal der Vorlage entscheidet das Parlament. Doch Berset hat sich viel vorgenommen, so viel wie kein Sozialminis-

ter vor ihm. Er drückte eine Paketlösung für die erste und zweite Säule, die den jahrelangen Reformstau lösen soll, durch den Bundesrat. Ob das ambitionierte Projekt gelingt, bleibt fraglich. Die Absturzgefahr im Parlament oder vor dem Volk ist gross, die Angriffsflächen sind zahlreich.

## Linke und Rechte drohen mit Referendum

Der Unmut wächst. Linke wollen das Referendum ergreifen, weil sie sich am höheren Frauenrentenalter und dem tieferen Umwandlungssatz stören. Das stellt die Taktik von Berset und der SP-Spitze in Frage, welche die linke Basis mit dem Zückerchen von 70 Franken bei der AHV ködern wollten.

Auch Bürgerliche drohen mit dem Referendum. Ihnen geht der AHV-Zuschlag wegen der hohen Kosten zu weit. Kommt hinzu, dass der Bundesrat ursprünglich selber auf ein Modell setzte, das Rentenausfälle in der zweiten Säule kompensieren wollte. Berset habe sich regelrecht am AHV-Ausbau festgebissen, den SP und CVP im Ständerat einfädelten, sagt Alex Kuprecht (SVP/SZ). Jetzt könnte dieser zum Scheitern der Vorlage führen.



Der SP-Magistrat Alain Berset hat sich bei der Rentenreform so viel vorgenommen wie kaum ein Bundesrat vor ihm.  
Bild: Peter Schneider/Keystone (Bern, 28. Februar)

Der Freiburger Staatsrat und alt SP-Nationalrat Jean-François Steiert, ein erfahrener Sozialpolitiker, verteidigt seinen Weggefahren. Ohne die 70 Franken sei von der linken Basis mit keiner Unterstützung zu rechnen. «Eine risikolose Variante gibt es nicht. Berset hat auf die am wenigsten

gefährliche Lösung gesetzt.» Der Sozialminister hat in den letzten Wochen den Druck nochmals erhöht. Im Januar warnte er an einem Anlass des Pensionskassenverbandes, eine neue Vorlage wäre erst 2025 möglich. «Es gibt keinen Plan B.» Sein Kalkül: Die Branche soll ihre Interessenver-

treter dazu bewegen, den AHV-Zuschlag zu schlucken. Selbst politische Gegner attestieren Berset viel taktisches Geschick. So viel, dass sie ihm verstärkt auf die Finger schauen. «Druck erzeugt Gegendruck», sagt SVP-Ständerat Alex Kuprecht. Mehrere Vorlagen des Innenministers

hatten im Parlament denn auch einen schweren Stand, so etwa das Tabakproduktegesetz.

Nach fünf Jahren im Bundesrat braucht er endlich einen Erfolg. Zwar brachte Berset einen millionenschweren Ausbau der Kultursubventionen durchs Parlament. Und im Streit um die Entschädigung von Asbestopfern kam es zur Einigung. Doch in seinen Kerndossiers, dem Gesundheitswesen und den Sozialversicherungen, kann er bisher wenig vorweisen. Bei der letzten IV-Revision taktierte Berset und sagte, Kürzungen seien unnötig. Am Ende versenkte eine unheilige Allianz die Vorlage. Berset mache bei der Rentenreform denselben Fehler, warnt Nationalrätin Isabelle Moret (FDP/VD).

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Berset und der Ständerat könnten sich durchsetzen, wenn das Parlament bloss die Wahl zwischen dem AHV-Zuschlag und dem Status quo hat. Der Freiburger hätte damit seine schwierigste Aufgabe gelöst und könnte bei einer der nächsten Bundesratsvakanz einen Wechsel ins Finanz- oder Auswärtigenministerium anstreben. Zwei Departemente, die ihn dem Vernehmen nach reizen würden.

## Letzte Option ist eine Wahlverschiebung

**Frankreich** Justizaffären von François Fillon und Marine Le Pen überschatten den Präsidentschaftswahlkampf.

Wie fühlt es sich an, wenn man haushoher Wahlfavorit ist – und plötzlich nur noch Kandidat für die Strafjustiz? François Fillon zeigt auf jeden Fall Nerven. Am Montag warf der 62-jährige Konservative der Linksregierung vor, sie nehme «eine Situation des Quasi-Bürgerkrieges» in Frankreich sehr überrissen für lokal begrenzte Krawalle von Antifaschisten gegen einen Front-National-Auftritt in Nantes.

Zuvor hatte die Zeitschrift «Canard Enchaîné» enthüllt, Nicolas Sarkozy habe seinem Parteifreund Fillon bei einem Tête-à-Tête geraten, täglich auf die Pauke zu hauen, um von der Justizaffäre um den Scheinjob seiner Frau Penelope abzulenken. Seinen Freunden erzählte Sarkozy demnach, Fillon wirke «völlig aufgeschmissen».

Der in einer Primärwahl triumphal bestimmte Frontrunner der Republikaner sieht seine Felle immer mehr davonschwimmen. In einer neusten Umfrage liegt Fillon mit gerade noch 20 Prozent der Stimmen deutlich hinter Marine Le Pen (27 Prozent) und Emmanuel Macron (25 Prozent).

Die so siegessicheren Bürgerlichen würden mit Fillon also nicht einmal mehr in die Stichwahl vorstossen. Ihr Hoforgan «Le Figaro» titelte am Montag verzweifelt: «Die Rechte im Alarmzustand.»

Auch Le Pen hat im EU-Parlament eine Veruntreuungsaffäre am Hals. Die Rechtsextremistin

präsentiert sich wie früher schon als Opfer eines Justizkomplotts und weigert sich, einer Gerichtsvorladung Folge zu leisten.

Allerdings ermittelt der Finanzstaatsanwalt nun auch gegen ihren prominenten Wahlkampfberater Frédéric Chatillon, einen früheren Leiter der rechtsextremen Studentenorganisation Gud.

Diese Affären könnten Le Pen langfristig schaden, nachdem sie bisher die übrigen Parteipolitiker als «allesamt korrupt» bezeichnet hatte. Damit ergibt sich ein absolutes Novum für Frankreich: Zwei Spitzenbewerber für das höchste Staatsamt gehen mit gravierenden Justizaffären in den Wahlkampf.

## Entscheiden Richter letztlich die Wahl

Was zum Beispiel wenn sie verlieren, danach aber von jedem Verdacht freigesprochen werden? Egal, wie hypothetisch dieser Fall sein mag: In den Internetforen fragen viele Franzosen, ob die drei Untersuchungsrichter der Causa Fillon die Wahl letztlich entscheiden werden.

Dabei handelt es sich immerhin um eine Wahl, die nicht nur über die nähere Zukunft Frankreichs befinden wird, sondern – wenn Le Pen das Rennen machen sollte – ganz Europa betrifft.

Die Frage sorgt über Fillons Wahlkampfzentrale hinaus für Hochspannung. Politologen spielen alle möglichen Szenarien durch, angefangen von der «freiwilligen» Suspendierung der Ermittlungen durch die Magistraten

selbst. Justizminister Jean-Jacques Urvoas schliesst diese Möglichkeit aber aus.

Da die Mühlen der Justiz langsam mahlen, bliebe nur die Verschiebung der Wahlen. In den Pariser Hauptquartieren der Kandidaten – nicht in den Medien – wird diskret, aber umso eifriger darüber beraten, seitdem Verfassungsrichter Dominique Rousseau via Twitter an die von der Verfassung gegebenen Möglichkeiten erinnerte. Artikel 7 räumt dem Verfassungsrat die Möglichkeit ein, einen neuen Wahltermin anzusetzen, wenn ein Kandidat stirbt oder «verhindert» ist. Einige Juristen meinen, damit seien nur Krankheit oder Unfall gemeint. Von dieser Einschränkung steht aber nichts in der Verfassung. Deshalb denkt der Rechts-Experte Pascal Jan, dass Fillon auch dann «verhindert» wäre, wenn die Ermittlungen seine Wahlkampagne objektiv verunmöglichten.

Der Republikaner will selber auf jeden Fall «bis zum Sieg» weitermachen, wie er unlängst erklärte. Ab dem 10. März könnte aber ein Kollektiv von 60 Abgeordneten oder der Verfassungsrat den Artikel 7 anrufen. Beharrt Fillon in den nächsten drei Wochen auf seinem Kandidaturrecht, während seine Umfragewerte weiter sinken, könnte dieser Extremfall durchaus eintreten. Denn eines scheint klar: Bis Mai wird die aktuelle Wahlkonsultation nicht Bestand haben.

Stefan Brändle, Paris

## Verhärtete Fronten

**Debatte** Noch will sich niemand bewegen im Poker um die Rentenreform. Der Nationalrat hat gestern zum zweiten Mal darüber debattiert – und er zeigte sich unnachgiebig: Er beharrte in allen wichtigen Punkten auf seiner Linie. Ein Knackpunkt ist der AHV-Zuschlag von 70 Franken, den die Linke sowie CVP und BDP fordern. Sie wollen damit die Renteneinbussen ausgleichen, die durch die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule entstehen.

FDP, SVP und GLP lehnen das ab. Sie drängen stattdessen auf eine Kompensation innerhalb der zweiten Säule. SVP-Nationalrat Thomas de Courten (BL) warnte vor den Kosten, die der AHV-Zuschlag verursacht. «Damit wird das zentrale Ziel der Revision, die Sanierung des Sozialwerks, zunichtegemacht», kritisierte er. Die Befürworter des AHV-Zuschlags betonten hingegen, nur mit diesem Zuschlag werde die Reform eine Abstimmung überstehen. BDP-Nationalrat Lorenz Hess (BE) meinte: «Mit den 70 Franken hat die Vorlage eine kleine Chance, ohne sie hat sie keine Chance.»

## Auch Bauernvertreter auf Parteilinie

Im Vorfeld der Debatte hatten auch einige Bauernvertreter in der SVP Sympathien für den AHV-Zuschlag geäußert. Im Rat stimmten sie aber auf Parteilinie. Der Direktor des Bauernverbandes, FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois (FR), enthielt sich hingegen. Der Nationalrat sprach sich schliesslich mit 103 zu 92 Stimmen gegen die 70-Franken-Lösung aus und stellte sich damit gegen den Ständerat. Auch in einem weiteren Punkt bleibt der

Nationalrat auf Konfrontationskurs zum Ständerat: Geht es der AHV finanziell schlecht, soll sich das Rentenalter automatisch auf bis zu 67 Jahre erhöhen. FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti (ZG) sagte, angesichts der steigenden Lebenserwartung sei das nötig: «Wir werden nicht um eine Erhöhung des Rentenalters herumkommen.» CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH) hingegen prophezeite: «Mit einer zusätzlichen Diskussion über eine Erhöhung des AHV-Referenzalters auf 67 Jahre ist die Reform garantiert verloren.»

Insgesamt verbleiben zwischen den beiden Räten noch knapp ein Dutzend Differenzen. FDP-Nationalrätin Regine Sauter (ZH) sieht nun die kleine Kammer in der Pflicht: Diese könne sich der Haltung des Nationalrates nicht verschliessen. «Wir haben heute ein deutliches Signal an den Ständerat gesandt», sagte sie nach der Debatte. SP und CVP,

die im Ständerat die Mehrheit stellen, wollen jedoch nicht von ihren Positionen abrücken. Die Ständeratslösung sei bereits ein Kompromiss, sagte SP-Nationalrätin Barbara Gysi (SG).

## Druck auf Wackelkandidaten

SP und CVP haben die besseren Karten in der Hand, da sie in der Einigungskonferenz über eine Mehrheit verfügen. Im Nationalrat sind sie indes auf Stimmen aus GLP, FDP und SVP angewiesen. Dass es Abweichler geben könnte, ist durchaus möglich: Einzelne liessen durchblicken, dass sie die Reform nicht wegen des AHV-Zuschlags abstürzen lassen wollen. Vertreter von SP und CVP setzen Druck auf und nehmen insbesondere Bauern und Gewerbler ins Visier. «Die Reform scheitern zu lassen, wäre absolut verantwortungslos», sagt CVP-Nationalrätin Ruth Humbel (AG).

Das Zünglein an der Waage könnte die GLP spielen. Sie hat gestern mit kurzfristig eingereichten Anträgen vergeblich versucht, das Modell von SP und CVP abzuändern – obwohl sie dieses eigentlich ablehnt. GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (BE) sagte: «Wir müssen das Ständeratskonzept auch mitgestalten. Momentan hat es darin einige ganz bittere Pillen.» Die Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken für alle lehne sie ab. Ob die GLP dennoch zustimmen würde, um die Reform zu retten, liess Bertschy offen.

Das Tauziehen geht nächste Woche im Ständerat weiter, anschliessend kommt erneut der Nationalrat zum Zug.

«Wir werden nicht um eine Erhöhung des Rentenalters herumkommen.»

Bruno Pezzatti  
Nationalrat FDP, Zug

Maja Briner